

Jan Wollenschläger

11.10.2011

Wachfuß 37  
33442 Herzebrock – Clarholz

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich bin Bürger der Gemeinde Herzebrock – Clarholz und wende mich an Sie auf Grund einer geplanten Straßenbaumaßnahme in der Gemeinde. Der Ausbau der Straße wird auf Basis eines Gutachtens gerechtfertigt dessen Planzahlen nachweislich nicht korrekt sind.

Ich habe mich mehrfach an die zuständigen Personen in der Verwaltung von Herzebrock – Clarholz gewandt mit der Bitte um die Neubewertung der Notwendigkeit dieser Baumaßnahme, sowohl generell als auch in der geplanten Dimension.

Die Bezirksregierung Detmold, zuständig für die Vergabe der Fördermittel, hatte auf meine erste Anfrage wochenlang nicht reagiert, erst nach vehementem Protest per Telefon und erneuter E-mail meinerseits wurde eine Anfrage bei der Gemeinde gestellt und der Bürgermeister direkt informiert.

In der letzten Planungsausschusssitzung sind die Mitglieder nicht über diesen Sachverhalt informiert worden, anwesend war auch der Bürgermeister der per Mail definitiv informiert wurde.

Bisher konnte mir niemand aus der Verwaltung sowie niemand der von mir angesprochenen Mitglieder der verschiedenen Ausschüsse erläutern warum eine Straße für 2,6 Mio € in dieser Dimension ausgebaut werden soll. Es wird immer auf das Gutachten aus dem Jahre 2003 verwiesen, so auch in der letzten Planungsausschusssitzung. Die 2003 prognostizierten Verkehrszahlen für 2010 sind im Jahr 2011 auch nicht annähernd erreicht worden. Hierauf habe ich mehrfach hingewiesen. Ein Gutachten vom gleichen Institut aus dem Jahr 2010 bestätigt dies.

Wissentlich der falschen Planzahlen in dem gestellten Förderantrag wurde dieser nach meinem Wissensstand nicht erneut überprüft.

Auf mehrfach gezieltem Nachfragen wurden mir Informationen vorenthalten. Die Verwaltung hat die Planungsausschusssmitglieder nicht darüber informiert, dass ein neues Gutachten des gleichen Instituts auf völlig andere Ergebnisse kommt.

Im Ortsteil Clarholz ist ein Kreisel ohne Baugenehmigung gebaut worden, Anwohner sind in Bezug auf Auslegung einer Straße falsch informiert worden was im Nachhinein zu gerichtlichen Auseinandersetzungen geführt hat.

Die Grundstückseigentümer wussten nichts über die im Antrag aufgeführte Verkehrsbelastung. Hätten Sie das gewusst hätten Sie dem Bauvorvertrag nicht unterschrieben.

Ich bitte Sie um Hilfe.

Herzlichen Dank für Ihre Bemühungen

Jan Wollenschläger